

stung durchzusetzen. Beide Gesprächspartner hoben hervor, daß sie das vom XXVI. Parteitag der KPdSU unterbreitete Friedensprogramm und die umfassenden Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Breshnew, die nicht nur den Völkern Europas, sondern der ganzen Welt den Weg zu einem dauerhaften Frieden zeigen, voll unterstützen.

Die SED und die KPG haben mit Befriedigung den Beginn der Genfer Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa auf genommen, für die durch die sowjetischen Vorschläge ein günstiges Klima geschaffen wurde. Es ist nun an den USA, ihren Willen zu beweisen, zu konkreten Resultaten zu gelangen. Beide Parteien treten für die Fortsetzung des SALT-Prozesses bei Erhaltung des bisher auf diesem Gebiet Erreichten ein; sie geben der Erwartung Ausdruck, daß das Madrider Treffen konstruktiv fortgesetzt und eine baldige Einigung über die Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa erreicht wird.

Beide Parteien unterstützen die Idee der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone auf dem Balkan und der Verwandlung des Mittelmeeres in eine Zone des Friedens, frei von Kernwaffen.

Gerade in der gegenwärtigen internationalen Situation sind die Fortsetzung des Dialogs zwischen Ost und West, die Begegnungen verantwortlicher Staatsmänner notwendiger und wertvoller denn je. Sie tragen dazu bei, das durch die Entspannung Erreichte zu bewahren und neue Schritte zur Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu gehen.

Die SED und die KPG bekräftigen ihre unerschütterliche Solidarität mit dem polnischen Volk, mit allen aufrechten Kommunisten und wahrhaften Patrioten Polens in ihrem Ringen um eine Normalisierung der Lage, um die Festigung der sozialistischen Ordnung und damit des Friedens und der Sicherheit in Europa. Entschieden verurteilen sie die Politik der Drohungen und Sanktionen der Reagan-Administration und die auf Druck der USA von der Mehrheit der NATO-Regierungen praktizierte grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Polen.

Damit werden die grundlegenden Normen des Völkerrechts und der Prinzipien der Schlußakte von Helsinki auf das gröbste verletzt. Gleichzeitig sollen damit die Völker der kapitalistischen Länder vom Kampf um den Frieden und gegen die verderbliche Krisenpolitik abgelenkt werden.

In der verschärften internationalen Klassenauseinandersetzung wächst die Verantwortung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus. Die SED und die KPG stimmen darin überein, daß die Festigung der Aktionseinheit der kommunistischen Bewegung angesichts der großangelegten antikommunistischen und antisowjetischen Hetzkampagne des Imperialismus von besonderer Dringlichkeit ist und werden